

Meldung ddp vom 2006-03-15 17:47

Bundesregierung/SPD/Gentechnik/FEA/BER/NEU/

**(Berichtigte Neufassung - Korrektur: Tätigkeit Lehmer bei BASF)
(Feature)**

**Streitpunkt «Terminator-Technologie» - Die große Koalition ist uneins
über Agrar-Gentechnik - SPD wirft Merkel Lobbyismus vor
--Von ddp-Korrespondent Mathew D. Rose--=**

Berlin (ddp). Die große Koalition in Berlin hat ein neues Streitthema: die Agrar-Gentechnik. Weil eine Lösung nicht in Sicht ist, wenden sich SPD-Abgeordnete im Namen der Bundestagsfraktion nun in einem ungewöhnlichen Brief an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD): «Auch ohne eine förmliche Beschlussfassung des Parlaments» soll sich die Bundesregierung auf der Vertragskonferenz der Konvention über biologische Vielfalt Ende März in Curitiba (Brasilien) für eine Fortsetzung des Moratoriums gegen die umstrittene so genannte «Terminator-Technologie» einsetzen - eine von Umwelt-Aktivisten benutzte drastische Bezeichnung für gentechnische Prozesse, durch welche Pflanzen am Ende sterile Samen hervorbringen.

SPD-Vizefraktionschef Ulrich Kelber nennt es in dem Schreiben vom 1. März «in hohem Maße bedauerlich», dass die «Fraktion der CDU/CSU aufgrund entsprechender Intervention unter anderem der stellvertretenden Vorsitzenden Katherina Reiche von einer gemeinsamen Willensbildung» der Koalitionsfraktionen in dieser Sache «abgerückt» sei. In dem Schreiben, das der Nachrichtenagentur ddp vorliegt, werfen SPD-Parlamentarier der Union und sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor, diese Entscheidung im Sinne der Gentechnik-Lobby beeinflusst zu haben.

Die offizielle Bezeichnung für «Terminator-Technologie» ist eigentlich «Genetic Use Restriction Technology» (GURT) (Genetische Verwendungs-Einschränkungs-Technologie). Sie ist unter anderem deshalb heftig umstritten, weil Bauern bei Einsatz entsprechend behandelten Saatguts aus den reifen Pflanzen kein Saatgut gewinnen könnten. Stattdessen wären sie gezwungen, Jahr für Jahr neues Saatgut zu kaufen - gut für die Industrie.

Die SPD-Parlamentarier befürchten, dass mit der «Terminator-Technologie» Abhängigkeiten der Dritten Welt von wenigen Saatgut-Produzenten entstehen könnten. Die Abgeordneten sorgen sich auch wegen der zu befürchtenden Auswirkungen auf Umwelt und Pflanzenvielfalt.

Viele solcher GURT-Produkte, so Kritiker, müssen mit Antibiotika oder Chemikalien behandelt werden, um überhaupt fruchtbar zu werden. Auch diese Mittel müssten die Bauern beim Hersteller des Saatguts kaufen. Die Branche hofft auf Milliarden-Umsätze, während Umwelt-Aktivisten sogar befürchten, dass bei Übertragung durch

Pollenflug auch Wild- und andere Kulturpflanzen mutieren und unfruchtbar werden könnten. Dies ist nicht erwiesen, doch um die Gefahr auszuschließen, unterliegen die kommerzielle Nutzung und die Freisetzung von GURT-Saatgut seit der jüngsten Vertragsstaaten-Konferenz vor sechs Jahren strengen Auflagen, die einem Moratorium gleichkommen.

In Brasilien wollen nun die Konventionsmitglieder Australien, Neuseeland und Kanada - flankiert von den USA, die die Konvention nicht unterzeichnet haben - dieses Moratorium unterlaufen.

Die SPD-Fraktion will dagegen den deutschen Vertretern auf der Konferenz mit einem klaren Bundestagsbeschluss den Rücken stärken. Den ersten detaillierten Entwurf lehnte die Union ganz ab. Der zweite Entwurf bestand aus einem Satz. Doch auch die knappe Feststellung, dass das Moratorium «beibehalten wird», war der Unionsfraktion noch zu weitgehend.

Der Beschlussentwurf, der dem Bundestag am 16. März vorgelegt wird, enthält das Wort «Terminator-Technologie» nicht mehr. «Er besteht aus vielen schönen Worten, aber zu dieser wichtigen Problematik schweigt er», beklagt ein SPD-Abgeordneter. Hinter dem ablehnenden Verhalten gegenüber dem SPD-Beschluss, dem viele Unions-Abgeordnete angeblich gerne zugestimmt hätten, vermuten Sozialdemokraten eine Riege einflussreicher Unionsmitglieder, die der Gentechnik-Industrie nahe stehen.

Kelber nennt in seinem Brief Unionsfraktionsvizechefin Katherina Reiche (CDU), die für Umwelt, Naturschutz und Forschung zuständig ist. Reiche tritt für eine Lockerung der Gesetzgebung zur Genforschung ein, ebenso wie die im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sitzenden Unionspolitiker Peter Bleser (CDU) und Max Lehmer (CSU). Bevor Lehmer im September 2005 in den Bundestag gewählt wurde, hatte er 25 Jahre als landwirtschaftlicher Fachberater und Technischer Leiter des Feldversuchswesens beim Chemiekonzern BASF gearbeitet.

Neben Lobbyarbeit auf Abgeordnetenebene vermuten SPD-Parlamentarier hinter der Unionshaltung auch eine direkte Intervention von Bundeskanzlerin Merkel. Sie soll, so heißt es in SPD-Kreisen, ein «sehr offenes Ohr» für BASF-Chef Jürgen Hambrecht haben. BASF ist durch die Übernahme des Konzerns ExSeed Genetics selbst in der Entwicklung von GURT-Produkten engagiert.

ddp/mdr/ple

151746 Mrz 06